

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Gewerkschaftsführer bei Dr. Marx.

Sie fordern den Achtstundentag.

Beim Reichskanzler begannen heute vormittag Beratungen mit Vertretern der Gewerkschaften über das Arbeitszeitgesetz. Darüber meldet WTB:

Entsprechend der am 9. d. M. abgehaltenen Besprechung mit den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen fand heute vormittag eine Aussprache des Reichskanzlers mit den Vertretern der Gewerkschaften unter Beteiligung der Reichsminister Dr. Brauns, Dr. Curtius und Dr. Haslind über die Arbeitszeitfrage statt.

Im Verlaufe dieser Aussprache wurde seitens der Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen zum Ausdruck gebracht, daß sie nach eingehender Prüfung aller Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft zu der Forderung einer Durchführung des Achtstundentages namentlich aber der Bekämpfung des Ueberstundenmißbrauchs kommen müßten, um eine fühlbare Verminderung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

Krisenfürsorge und Sozialdemokratie.

Erklärung der Reichstagsfraktion.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose gab die sozialdemokratische Fraktion durch

Abg. Hoch

folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich ständig bemüht, die von den sozialdemokratischen Volksbeauftragten ins Leben gerufene Erwerbslosenfürsorge zu verbessern. Auch in diesem Herbst hat sie vor Zusammentritt des Sozialpolitischen Ausschusses beantragt, einen Unterausschuß einzusetzen und die Erwerbslosenfürsorge auszugestalten, insbesondere auch für die Ausgewiesenen zu sorgen. Dabei haben wir auch die Verlängerung der Bezugsdauer und ihre Ausdehnung auf die Ausgewiesenen gefordert.

Wir halten dies nach wie vor für das Beste. Es ist uns jedoch nicht gelungen, die Regierung und die Regierungsparteien hierfür zu gewinnen. Auch die Deutschnationalen erklärten sich im Ausschuß gegen unsere Forderungen und beantragten, die Ausgewiesenen auch fernerhin der gemeindlichen Wohlfahrtspflege zu überlassen. Trotzdem haben sie für unsere Forderungen gestimmt und zwar, wie sie ausdrücklich erklärten, aus politischen Gründen. Sie wollten das Elend der Erwerbslosen zum Sturz der Regierung benutzen, um so ihren Eintritt in die Regierung zu erzwingen. Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht auf Kosten der Erwerbslosen und Ausgewiesenen die Geschäfte der Deutschnationalen fördern konnte.

Deshalb blieb uns nichts anderes übrig, als eine Verständigung mit den Regierungsparteien, um auf dem Boden der Krisenfürsorge möglichst viel für die Ausgewiesenen zu erreichen. Der ursprüngliche Gesetzentwurf ist dann auch in folgenden Punkten verbessert worden:

1. Die Krisenfürsorge berechtigt alle vom 1. April 1926 ab und später Ausgewiesenen zu denselben Ansprüchen wie die Erwerbslosenfürsorge; damit ist die große Masse der unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise leidenden Arbeitnehmer berücksichtigt. In solchen Bezirken und Bezufen, die schon seit längerer Zeit unter starker Erwerbslosigkeit leiden, ist auch für die vor dem 1. April 1926 Ausgewiesenen in dieser Weise gesorgt.

2. Die bei dem Uebertritt in die Krisenfürsorge in jedem Fall vorgeschriebene besondere Prüfung der Arbeitswilligkeit und Arbeitsfähigkeit der Erwerbslosen ist beseitigt.

3. Die Lasten der leistungsunfähigen Gemeinden sollen mit Hilfe der Länder oder des Reiches erleichtert werden.

Um die Ausgewiesenen aus der sie niederdrückenden gemeindlichen Wohlfahrtspflege herauszuheben, stimmen wir für die Vorlage und lehnen alle entgegenstehenden Anträge ab. Damit haben wir unter den durch die letzten Wahlen gegebenen Machtverhältnissen den Erwerbslosen am besten gedient.

Der Häuptling der Einwohnerwehr.

Kanzler vor dem Feme-Ausschuß.

Im Femeauschuß des Reichstages war heute früh zur Fortsetzung der Beweisaufnahme über die Femeermorde in der bayerischen Einwohnerwehr nur der Zeuge Kanzler erschienen, Dobner und Reunzert waren nicht zu ermitteln.

Kanzler war der stellvertretende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr und, wie er angibt, von der bayerischen Regierung zur Wiederherstellung des „Spontanaufstandes“ mit Vollmachten zur Wiederherstellung der Ordnung und Errichtung eines Freikorps versehen worden. Später sei die Umwandlung der Einwohnerwehr in Heimwehr und Heimatschutz erfolgt. Mit Escherich wurde die Organisation über ganz Bayern, Österreich und Deutschland ausgedehnt. Kanzler war der „Wehrtechniker“, Escherich hatte nach außen hin die Repräsentation und den Verkehr mit den Behörden. Die sogenannten Waffenschiedungen seien „Waffensicherungen“ und sehr gefährlich gewesen. Es sei auch darauf angekommen, schwere Stände zu „erräumen“. Die Motive waren 1. der altgermanische Ehrbegriff, daß es eine Schande sei, freiwillig die Waffen abzulegen. Escherich und er, Kanzler, hätten nie daran gedacht, den Revolutionskrieg gegen Frankreich führen zu können. 2. Notwehr; das Bürgerium wolle sich nicht ermassnen lassen. Er nehme an, daß gegenüber den Waffenverrätern

von „nationalen Männern“ einige Exempel statuiert worden

seien. Man habe wohl auch einige getötet, aber das sei doch nichts gegenüber den Tausenden, die von der anderen Seite umgebracht worden sind. Die Maßnahme habe offensichtlich abtötend gewirkt. Die betreffenden Fälle seien der Einwohnerwehrlitung nur aus den Zeitungen bekanntgeworden. Weitere Gedanken habe man sich nicht gemacht. Man nahm an, es seien keine Leute von ihnen. Auf Befragen gibt aber Kanzler zu, daß er Reunzert und Oberleutnant Braun persönlich gut kannte.

Vorj.: Spürten Sie keine Veranlassung, den Dingen, die über Ihre Organisation geredet wurden, nachzugehen? Kanzler: Wir wußten, die Polizei bearbeitet die Sache. Wir haben es vollkommen für ausgeschlossen gehalten, daß unsere Leute das machen. Braun zum Beispiel war schwer kriegsverletzt. Außerdem war die Waffenschiedungsstelle eine private Firma.

Vorj.: Kriefel hat ausgesagt, sie war als Abteilung 7 eingegliedert. Kanzler: Sowohl, sie hat Munition und Uniformen angeschafft. Im Fall Hartung war Verdacht auf Beurer gefallen. Aber als Bayern dachten wir, das haben die ordentlichen Gerichte zu bearbeiten. Was hätten solche Untersuchungen bezwecken sollen?

Als Kanzler weiterhin von den

Opfern der Feme als den „Berichteten“

spricht, beanstandet Abgeordneter Landsberg nachdrücklich diesen Ausdruck. Zusammenfassend erklärt Kanzler: Zwei Auffassungen haben in ihm geherrscht: Als stellvertretender Landesleiter habe er die Vorfälle beurteilt. Seine persönliche Meinung aber sei folgende: Er habe keine Veranlassung, Leute zu bebauern, die für Verrat getötet wurden, sondern er habe sich darüber gefreut! Vorj.: Früher haben Sie anders ausgelegt. Ueber die Ausstellung falscher Pässe weiß der Zeuge nichts zu sagen, den Schweidart habe er nicht gekannt.

Abg. Levi: Haben Sie gemerkt, ob diese Waffengeschäfte zum Zweck der persönlichen Bereicherung gemacht worden sind?

Kanzler: Ich bin nicht in der Lage, dem Abgeordneten Levi zu antworten. Nicht weil er Jude oder Mehrheitssozialist ist, sondern weil er seit sechs Jahren den Vorwurf des Landesverrats auf sich sitzen lassen muß.

Es entspinnt sich eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Vorsitzenden und Kanzler, in der der Vorsitzende darauf hinweist, daß er die Frage eines Abgeordneten nicht abzuwehren habe. Sie haben Ihrer Staatsbürgerpflicht nachzukommen, auch wenn das für Sie nicht angenehm ist. Das ist verfassungsmäßig festgelegt.

Kanzler: Ich kann das mit meinem Ehrgefühl nicht vereinbaren.

Vorj.: Wollen Sie Ihre Staatsbürgerpflicht verstehen?

Zeuge erklärt: Jawohl!

Vorj.: Sind Sie sich der Folgen bewußt?

Zeuge: Ja!

Nach längerem Zutreden, wobei darauf hingewiesen wird, daß ja auch Roth und Gärtner, Escherich, Ludwig und Kahr ihre Aussage gemacht hätten, entschließt sich der Zeuge, doch zu antworten. Die Vernehmung bringt aber wenig Neues, bis der Abg. Levi die Sprache auf den

Brief des Zeugen an Geheimrat Helm

bringt, worin die Rede von dem „Fall 3.“ ist.

Levi: Was war damit gemeint?

Kanzler: Zum ersten Teil werde ich ausagen, zum zweiten Teil die Aussage verweigern. Ich erkläre, daß jedenfalls mit dem „3.“ nicht Zusmarshausen (der Mord an dem Kellner Hartung) gemeint ist.

Vorj.: ... sondern Zettelmeier.

Kanzler: Jawohl, da nun einmal der Name genannt ist. Ich wollte meine Hand nicht dazu hergeben, weil ich mich sonst eines kompletten Landesverrats schuldig gemacht hätte. Als Kanzler dieserhalb den Abgeordneten Levi angriff, stellt der Vorsitzende fest, daß Dr. Levi von dem Fall Zettelmeier nichts publiziert habe.

Abg. Levi: Von einer Seite, die mir nahesteht, ist mir mitgeteilt worden, die Sache Zettelmeier sei erfinden. Es sei in ihr nie ein Schritt unternommen worden. Sehr verdächtig ist, daß der Brief Kanzlers am 25. Juli 1924 geschrieben wurde, nachdem am 5. Juli in Sachen Zusmarshausen die Verhandlung wieder aufgenommen war.

Der Vorsitzende verliest den Brief an Dr. Helm, worin es über die Bemühungen zur Vermittlung im Fall 3. heißt, daß sie notwendig wären, es könnten sonst Weiterungen von ungeahnter Tragweite entstehen oder nationaler Skandal ungeahnter Ausmaße. Die Sache sei noch nicht einmal brieflich anzudeuten.

Nach einem Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des preußischen Femeauschusses fordert Abg. Bergsträsser (Dem.), daß sofort an die Behandlung des Komplexes „Schwarze Reichswehr“ herangegangen werden soll. Es sei dringend notwendig, diesen wichtigsten politischen Komplex ohne Rücksicht auf schwebende Verfahren zu untersuchen. Es handelt sich nicht um die einzelnen Fälle, sondern um die Auffassung des Milieus, aus dem die einzelnen Femeermorde entstehen konnten.

Nach längerer Diskussion, in der sich die deutschnationalen Abgeordneten gegen die sofortige Behandlung wenden, wird beschlossen, alle Vorbereitungen zu treffen, daß Anfang nächsten Jahres spätestens der Komplex „Schwarze Reichswehr“ in Angriff genommen wird. Ueber die vorbereitenden Schritte soll die nächste Sitzung Anfang Dezember auf Grund von Vorschlägen des Abg. Bergsträsser Klarheit schaffen.

(Die Verhandlung geht weiter.)

Und was tut Kütz?

Er macht das Schmutz- und Schundgesetz.

In den gestrigen Spätabendblättern war zu lesen, daß Herr Kütz Vertreter der Regierungsparteien und der Deutschnationalen um sich versammelt habe, um mit ihnen über die Verabschiedung des Schmutz- und Schundgesetzes zu beraten.

Diese Nachricht mußte, gelinde gesagt, das stärkste Staunen hervorrufen. Soeben war der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion offiziell mitgeteilt worden, daß die Vereinbarungen, die zur Verständigung über die laufende Gesetzgebungsarbeit getroffen worden waren, von den Fraktionen gebilligt worden seien. Und nun wird die neue Aera der Verständigung dadurch eingeleitet, daß man die Regierungsparteien mit den Männern des Grafen Westarp zusammensetzt und mit ihnen — unter Ausschluß der Sozialdemokratie — über einen Gesetzentwurf berät, an dem die Sozialdemokratie aufs stärkste interessiert ist?

Run scheint es doch nicht ganz so gewesen zu sein. Da uns eigene Unterrichtung fehlt, sind wir genötigt, uns auf einen Bericht des „Berliner Tageblatt“ zu beziehen, in dem folgendes ausgeführt wird:

Am gestrigen Nachmittag beschäftigten sich die Vertreter der Regierungsparteien auf Einladung des Reichsinnenministers Dr. Kütz mit dem vorliegenden Entwurf des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften. Die Beratungen dauerten bis in die Abendstunden. Politisch bedeutsam für diese Besprechung war, daß die Deutschnationalen, die ursprünglich ebenfalls zu dieser Besprechung eingeladen worden waren, sich an dieser Beratung nicht beteiligt haben. Der deutschnationale Abg. Dr. Mumm, der erschien, erklärte ausdrücklich, daß er nicht als Vertreter seiner Fraktion, sondern lediglich aus persönlichen Gründen an der Besprechung teilzunehmen wünsche. Das Ergebnis dieser Besprechung war negativ. Eine Einigung unter den Regierungsparteien war nicht zu erzielen. Die Demokraten lehnen die gegenwärtige Fassung des Gesetzentwurfes ab.

Wie wir erfahren, haben die Demokraten durch Dr. Heuß Abänderungsvorschläge eingebracht, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Zunächst soll durch Streichung des Absatzes III in § 1 vermieden werden, daß auch periodische Druckschriften unter das Gesetz fallen. Ferner wünschen die Demokraten, daß dem ersten Absatz des § 1 folgende Fassung gegeben wird: „Die Entscheidung darüber, ob eine Schrift auf die Liste gesetzt werden soll, erfolgt durch eine Prüfstelle des Reiches, die dem Reichsministerium des Innern angegliedert ist. Der Vorsitzende der Reichsprüfungsstelle hat die Schrift, deren Aufnahme in die Liste ausgesprochen ist, binnen drei Wochen öffentlich bekanntzugeben. Das bedeutet also, daß die Demokraten an die Stelle der Länderprüfstellen Reichsprüfstellen treten lassen wollen. Zum § 3 beantragen sie folgende Abänderung: „Die Prüfstelle setzt sich aus einem beamteten Vorsitzenden und vier Sachverständigen zusammen. Von den Sachverständigen ist je einer dem Kreise der Kunst, des Buchhandels, des Schrifttums, der Jugendwohlfahrt und der Volksbildung zu entnehmen. Das Reichsministerium ernennt auf Grund von Vorschlägen der beteiligten Gruppen auf drei Jahre eine Anzahl Sachverständiger. Die Heranziehung im Einzelfalle erfolgt nach einem bestimmten Plan durch den Vorsitzenden.“ Ferner wünschen die Demokraten, daß das Gesetz dahin abgeändert wird, daß die Heranziehung eines Sachverständigen, der bei der ersten Entscheidung der Reichsprüfstelle mitwirkt, bei künftigen Entscheidungen nicht statthaft sei.

Wie wir weiter hören, wird von der Deutschen Volkspartei eine Abänderung des vorliegenden Gesetzentwurfes verlangt, der einen Ausgleich zwischen Reichs- und Landesinteressen ver sucht. Angesichts der Tatsache, daß der Reichsinnenminister bei der gestrigen Besprechung eine Einigung der Parteien nicht erzielen konnte, und daß eine solche Einigung auch im gegenwärtigen Stadium kaum möglich erscheint, beabsichtigt Dr. Kütz das Gesetz in seiner bisherigen Fassung ins Plenum gehen zu lassen und das Plenum sowohl über die Abänderungsanträge wie über das Gesetz selbst entscheiden zu lassen. Er glaubt offenbar, daß eine Mehrheit für das Gesetz sicher ist, und zwar eine Mehrheit von den Deutschnationalen bis einschließlic des Zentrums. Auch die Deutschnationalen haben sich über ihre Stellungnahme noch nicht schlüssig gemacht. Dr. Mumm ließ bei der gestrigen Besprechung durchblicken, daß die Deutschnationalen vermutlich auf Beibehaltung der bisherigen Fassung bestehen. Ob dafür die übrigen Fraktionen zu gewinnen sind, läßt sich jetzt nicht übersehen. Die Zustimmung der Demokraten ist jedenfalls ausgeschlossen.

Das „Berliner Tageblatt“ knüpft an diesen Bericht folgende Bemerkung:

Es scheint uns ganz unmöglich, daß die Regierung angesichts der Uneinigkeit unter den Regierungsparteien das Gesetz jetzt einfach treiben lassen will. Wenn die Regierung überhaupt darauf besteht, das Gesetz durchzubringen, dann muß sie doch zunächst dafür sorgen, daß sich die Regierungsparteien über eine gemeinsame Fassung verständigen. Unmöglich kann doch die Regierung ein Gesetz von dieser Bedeutung, dessen unerträgliche Mängel wir erst kürzlich nachgewiesen haben, etwa gegen die demokratischen Stimmen mit Hilfe der Deutschnationalen und der Völkischen durchbringen wollen!

Wir möchten hinzufügen, daß für die gemeinsame Fassung, wie sie nach der Meinung des „Berliner Tageblattes“ zwischen den Regierungsparteien gesucht werden muß, eine Mehrheit noch nicht besteht, daß sie aber möglicherweise gefunden werden kann, wenn man sich mit der Sozialdemokratie rechtzeitig verständigt. Kommt aber diese Verständigung

nicht zustande, so scheint es uns mit der gegebenen politischen Gesamtlage ebenso unvereinbar zu sein, daß man eine Mehrheit von Regierungsparteien plus Deutschnationalen sucht, wie daß man sie aus Teilen der Regierungsparteien und der Rechten zusammenlaßt.

Wohin die Fahrt gehen soll, verrät in etwas unvorsichtiger Weise die „Deutsche Allgemeine Zeitung“. Nachdem sie auseinandergelegt hat, warum die Große Koalition zurzeit unmöglich ist — sie führt das bezeichnenderweise auf „unwirkliche Winde aus der Richtung der Deutschen Volkspartei“ zurück —, führt sie aus:

Zu dieser Haltung trägt die Erkenntnis bei, daß eine Reihe gesetzgeberischer Arbeiten das System der wechselnden Mehrheiten geradezu erheischen, weil sie nicht — wie die Teilfragen der Sozialpolitik — mit der Linken allein gemacht werden können. Dazu gehört das Schmutz- und Schundgesetz, das, abgesehen von seinem unerfreulichen Namen, auch in anderer Beziehung Sorge bereitet. Dr. Kütz hatte sämtliche bürgerlichen Fraktionen zu der Vorbesprechung eingeladen. Einheitslich in ihrer Stellungnahme ist keine Partei. Trotzdem sieht man eine Mehrheit für das Gesetz als gesichert an, wenn Deutschnationale, Zentrum und Bayerische Volkspartei dafür stimmen und wenn Demokraten und Volkspartei, die beide noch Änderungsanträge angekündigt haben, wenigstens einen Teil ihrer Stimmen hinzufügen. Ist es nicht überaus bemerkenswert, daß hier ungefähr die gleiche Mehrheit aufmarschiert, wie sie für weitere wichtige Gesetze wirtschafts- und kulturpolitischer Art, so für das vom Innenminister gestern dringlich angekündigte Reichschulgesetz notwendig wäre?

Was hier empfohlen wird, ist eine Politik des doppelten Bodens, eine Politik der Treulosigkeit, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Die Deutschnationalen haben unter dem Oberbefehl des Grafen Westarp eine Taktik eingeschlagen, die darauf hinausläuft, durch Sabotage der parlamentarischen Arbeit ihren Eintritt in die Regierung zu erpressen. Die Sozialdemokraten haben sich bereit erklärt, der Parlamentsarbeit über diese Klippen hinwegzuhelfen. Sie sind bereit zu dem Versuch, sich von Fall zu Fall mit den Regierungsparteien über die vorliegenden Gesetzentwürfe zu verständigen und, wenn die Verständigung gelingt, für das Zustandekommen einer Mehrheit zu sorgen.

Was nun die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ der Regierung rät, ist illogisch und mit dem Geist des parlamentarischen Systems nicht zu vereinbaren. Und würde die Regierung Neigung zeigen, solche Ratschläge zu befolgen, so würde sich daraus eine ganz neue Situation ergeben, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch zu neuen Entschlüssen nötigen würde.

Im Fall des Schmutz- und Schundgesetzes ist nun die Situation insofern tragikomisch, als die Regierung nicht einmal die Minderheit, auf die sie sich stützt, zusammenhalten kann! Es ist stark zu vermuten, daß es in allen anderen Fällen, in denen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ der Regierung zu dem Spiel mit wechselnden Mehrheiten rät, genau so gehen würde.

Die trübenhafte Lage, die in den letzten Tagen entstanden war, war eine Folge viel weniger wirklicher Schwierigkeiten als einer beispiellos schlechten Regie. Auch in der Kaiserzeit war es kaum vorgekommen, daß Vorlagen parlamentarisch so schlecht vorbereitet wurden, wie es in der letzten Zeit der Fall gewesen war.

Wir hatten angefangen dieser Verwirrung an die einfache Wahrheit erinnert, daß sich Regierungen auf dem Verhandlungswege Mehrheiten sichern müssen, wenn sie ihre Vorlagen durchbringen wollen. Auf diesem selbstverständlichen Grundgedanken beruhte dann die Vereinbarung zur Förderung der parlamentarischen Arbeit, die zwischen den Sozialdemokraten und den Mittelparteien geschlossen wurde.

Diese Vereinbarung würde wieder zerschlagen werden, wenn jetzt ein Gesetz wie das „gegen Schmutz und Schund“ gemacht werden sollte mit Hilfe der Deutschnationalen gegen den entschiedenen Widerstand der

Sozialdemokraten — und eines Teils der Regierungsparteien dazu!

Man suche also entweder eine Einigung über dieses Gesetz herbeizuführen unter den Parteien, die zur Förderung der parlamentarischen Arbeit bereit sind, oder man verzichte auf den Versuch, es durch den Reichstag zu bringen. Schließlich hat auch Bismarck manchmal Vorlagen zurückgezogen, die zu einer veränderten Gesamtsituation nicht mehr paßten. Und eiserner als der Eisener braucht Herr Kütz nicht zu sein!

Das Kompromiß über den Zentrale-Prozess. Lächerliche Andreden.

Die „Rote Fahne“ schreibt: Der „Vorwärts“ hat die Schamlosigkeit, die Preisgabe der elementarsten Arbeiterforderungen durch die SPD. damit zu verteidigen, daß auch die Kommunisten angeblich „Kompromisse“ machten. Als „Beweis“ führt der „Vorwärts“ an, daß sich die Kommunisten mit der SPD. und den Bürgerlichen auf die Verschlebung des Prozesses gegen die R.P.D.-Zentrale „geeignet“ hätten, als die Niederschlagung nicht zu erreichen war.

Was ist die Wahrheit? Die Kommunisten hielten ihren Antrag aufrecht. Erst als er niedergestimmt war, stimmten sie, wie es selbstverständlich ist, für Verschlebung. Sie werden ihren Antrag auch im Plenum aufrechterhalten. Sie werden ungeachtet der Entscheidung der SPD. und des Reichstags für die Niederschlagung des Zentrale-Prozesses wie für volle Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen und Strafverurteilten weiterhin die Massen mobilisieren, bis das Ziel erreicht ist.

Das ist der Unterschied zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Vertretung von Arbeiterinteressen.

Auf der ersten Seite derselben Nummer der „Roten Fahne“ liest man: „Die Krisenfürsorge muß fallen! Hier mit der unbegrenzten Unterstützungsdauer für die Erwerbslosen.“

Also die Krisenfürsorge muß fallen, weil sie ein Kompromiß ist. Muß auch der Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses „fallen“, weil er den Zentral-Prozess nicht für unbegrenzte Dauer, sondern nur bis zum Sommer einstellt? O nein, das ist etwas ganz anderes. Denn da geht es ja nicht um die Arbeitslosen, da geht es um die Abgeordneten!

Wenn die Kommunisten der Einstellung des Prozesses bis zum Sommer zustimmen, tun sie etwas anderes, als was wir in so vielen Fällen tun?

Sie sagen, sie halten ihre Forderungen aufrecht. Ja, als ob wir das nicht auch täten! Forderungen aufrechterhalten ist das leichteste, was es gibt. Aber das Durchsetzen ist schwer, da begnügt man sich eben manchmal mit dem Spatz in der Hand, wenn man die Taube auf dem Dach nicht bekommen kann.

Nun Beispiel, man stimmt für die Einstellung eines Prozesses gegen kommunistische Abgeordnete bis zum Sommer, wenn man die Einstellung überhaupt zunächst nicht erreichen kann. Und man benimmt sich sehr artig, um dieses Teilziel zu erreichen. Man verhandelt darüber sehr höflich mit den bürgerlichen Parteien.

Was durchaus kein Vorwurf sein soll. Wir bitten nur, auch uns keinen Vorwurf zu machen, wenn wir nach der gleichen Methode verfahren, wo es um die Interessen nicht von Abgeordneten, sondern von Arbeitern geht.

Die Toten als Versöhner. Deutsche Kriegergräber in England und Belgien mit Blumen geschmückt.

London, 13. November. (W.T.B.) „Daily Express“ meldet aus Birmingham, daß ein kleines englisches Waisensmädchen am kommenden Sonntag einen Kranz auf den Gräbern

der Deutschen während des Weltkrieges in Birmingham gestorbenen und beerdigten deutschen Soldaten niederlegen wird. Sie wird an der Seite des Leiters der Konsularabteilung der deutschen Botschaft in London, Dr. Reunen, schreiben, der von den normaligen Kriegsteilnehmern Birmingham eingeladen worden ist, bei der Zeremonie zugegen zu sein. Der Kranz trägt die Aufschrift: „Hier auf dem Ruheplatz derer, die vom Vaterlande schlafen, für das sie starben, wird dieser Kranz in liebevoller Ehrfurcht von einem englischen Kinde niedergelegt.“

Katzen, 13. November. (W.T.B.) Sozialistische Kriegsteilnehmer haben heute auf den Gräbern der in Antwerpen beerdigten deutschen Soldaten Blumenpendeln niedergelegt.

Der „Lokal-Anzeiger“ regt sich außerordentlich darüber auf, daß der deutsche Botschafter in Washington, von Malzahn, am 11. November, aus Anlaß der amerikanischen Waffenstillstandsfeier, die Reichsflaggen auf dem Botschaftsgebäude gehißt hat. Das Hugenberg-Blatt spricht von „denkbar schändlichster Selbsterniedrigung“, „unerhörtem Schimpf“, „traurigen Vorgängen“ usw.

Man erfährt nun zu dem Vorgang, daß der Doyen des diplomatischen Korps die allgemeine Flaggenhissung angeordnet hatte. Sollte der deutsche Botschafter den Reichsparteien zugleich eine Ausnahme machen und einen ähnlichen Flaggenstempel hervorrufen, wie sein Vorgänger Dr. Biedfeld, der beim Tode Wilsons als einziger diplomatischer Vertreter nicht halbhaft gefangen hatte, wodurch er Deutschlands Ansehen in Amerika auf das schwerste kompromittierte? Wenn es sich bei der Waffenstillstandsfeier nur um eine reine Siegesfeier handelte, könnte man die Aufregung der Hugenberg-Presse begreifen. Aber der 11. November hat diesen Charakter immer mehr verloren und ist heute, nicht nur in Amerika, vor allem eine Gedenkfeier für die Toten des Weltkrieges und eine Erinnerung an den Tag, an dem die Massenschlächterei aufhörte. Das kam auch deutlich in der Rede zum Ausdruck, die Präsident Coolidge am 11. November dieses Jahres in Kansas-City gehalten hat. In diesem Sinne können alle Völker den 11. November feiern und konnte auch die deutsche Botschaft in Washington ihren Flaggenstempel zeigen.

Moskau und Angora.

Tschitscherin und Ruschdy Bey in Odeffa.

In Odeffa hat sich Tschitscherin mit dem türkischen Minister Ruschdy Bey getroffen. Es haben Bankette stattgefunden, es sind Festreden gehalten worden, und darüber zeigt man sich in London und Rom beunruhigt, weil man eine neue Schwenkung der türkischen Politik befürchtet, die sich im Sommer mit dem Völkervertrag abgesunden und von Mosklaus Freundschaft losgelöst zu haben schien. Die Sowjetpresse spricht schon von der Bildung einer neuen Front gegen England und den Völkerbund.

Einem eigenen Drohtbericht aus Paris zufolge reist Tschitscherin demnächst nach Paris, angeblich zu Erholungszwecken.

Richter der Republik.

„Schwarz-Rot-Sch, Schwarz-Rot-Rostrich, Schwarz-Rot-Sch... sind vollständig!“ sagt ein Landgerichtsdirektor!

Cassel, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) In Cassel fand gestern die Berufungsverhandlung gegen den Bahnhofsarbeiter Bad zu Philippstal a. d. Werra statt, der vom Amtsgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, weil er von den Reichsflaggen mit den Worten Schwarz-Rot-Sch, Schwarz-Rot-Rostrich und Schwarz-Rot-Sch... gesprochen hatte. In der Berufungsverhandlung, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Paizer stattfand, wurde entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der Erhöhung der Strafe verlangte, auf Ermäßigung der Strafe auf einen Monat Gefängnis erkannt. Im Verlaufe der

Kopien altdeutscher Fresken.

In der Kunstakademie (Hardenbergstraße) sind Kopien ausgestellt, die der Maler Robert Richter von den aufgedeckten Fresken in der Lindauer Peterskirche gemalt hat. Wir fühlen uns an die Sorgfalt erinnert, mit der die russischen Maler ihre alten Heiligthümer in Nowgorod kopiert haben: kein Versuch, zu verbessern und zu ergänzen; sondern in dem räumlichen Zustand, wie sie sich uns heute darbieten, gibt sie der Maler wieder, mit allen Flecken und Zufallserscheinungen. Augenscheinlich ist die oberste Farbschicht, welche die eigentlichen Pigmente enthält, zum größten Teil abgeblättert, und die modellierende Untermalung in grau tritt zutage; erhalten sind im wesentlichen nur breite Partien von grün und hellblau, deren unterbrochene und oft ausgelagerte Flächen bei dem Linearstil der Fresken einen teppichartigen Eindruck von großem Reiz enthalten.

Diese malerischen Reste des Halberlochen sind es wohl auch in erster Linie gewesen, die den Maler zu seiner treuen und ausdauernden Arbeit angeregt haben. Er hat die zehn wesentlichsten Fresken auf großer Leinwand mit einer Tempera wiedergegeben, die dem Charakter der alten Wandbilder in hohem Maße gerecht wird. Bei dem schlechten Zustand der alten Werke, in verwahter Straße, bei der Gefahr immer fortwährender Zerstörung, ist die reproduktive Erhaltung des heutigen Zustandes ein äußerst verdienstvolles Werk.

Und die Bilder selber verdienen dieses Interesse und diese Hingebung. Es sind fortlaufende Szenen aus der Passion Christi von Gethismane bis zur Grablegung; entstanden um oder bald nach 1500, von einem Meister, der zwar gewiß nicht Holbein der Ältere ist, wie Herr Robert Richter annimmt, wohl aber ein süd-schwäbischer Maler, der zwischen Holbein und J. Katzeb stehen mag. Der Stil ist für den Anfang des 16. Jahrhunderts provincial zurückgefallen und von jener gemächlichen und ein wenig ausdruckslosen Schwere, welche die schwäbische Malerei kennzeichnet, und wofür etwa Bartel Zeitblom der charakteristischste Vertreter ist. Den Mangel an dramatischer Kraft ersetzt er durch eine schöne Tonigkeit und eine gewisse stille und derbe Anmut, vor allem durch große Geschlossenheit der Komposition und eine gabelhafte Teppichwirkung, was alles ihn dem Kreise der Glasmaler von der Art Hans Wilds näher bringt und von Holbein dem Vater entfernt.

Solche Fragen in unserm Kunstformen Berlin angeregt und die heitere Stimmung süddeutscher Kunststädten unmittelbar uns nahe gebracht zu haben, danken wir dem fleißigen Maler. Für eine allfällige Stunde taucht die unsäglich Heiterkeit der Intellektualen am Bodensee, taucht Lindou mit seinem Pfänder und hohen Säntis vor uns auf.

Dr. P. J. Schmidt.

Theater in der Kommandantenstraße. Anzengrübbers „Wissenswurm“ redet heute zu uns ganz wie ein modernes Stück. Wenn die Aufführung etwas phantastischer und schau-spielerischer leidenschaftlicher gewesen wäre, so würde man auch gemerkt haben, wieviel soziale Blutstropfen im Herzen Anzengrübbers zu zählen sind. Das war ja ein grimmiger Kerl, obwohl er sich lustig gebärdete. Er predigte aber nicht die Vergänglichkeit des bos-

haften Charakters, er zeigte nur, so daß der schlechte Mann nicht einmal nachzudenken braucht, auf welche energische Art ein Reiseteller und Heuchler hops geht. Tartüffe, ins Oesterreichische und Bäuerliche überleht, das ist das Thema. Uebrigens enthalten so starke Volksstücke, die gefallen, ohne daß viel geistigt wird, immer ein uraltes Problem. Es scheint, sieht man die Dinge so an, daß die Meinung der Theoretiker richtig ist, die großen Talente oder gar die Genies brauchen gar keine Phantasie, sondern nur einen jabelhaften Ordnungssinn. So nimmt auch Anzengrübbers die jahrhundertalte Figur des Zeloten und falschen Frömmers her, um ihr Innenleben und Außenleben nach allen Seiten neu abzuleuchten. Und es wird ein famoseres Theaterstück. Das Stück lebendig zu machen, gab man sich im Theater in der Kommandantenstraße viel Mühe. Doch es fehlt dort an Kräften. Herr Leibelt ist gut in der Maske des Dufleters, er schleicht auch wie ein Bauernteufel lustig über die Bühne, er näsel auch seinen Frömmelton erbautlich und so, daß man dem Schult und Erbfeindler gelegentlich an den Kragen will, aber saftigste Pointen läßt er sich häufig entgehen. Paul Warg ist eher ein Philosoph als ein Bauer, und das dialektische Gewand steht ihm nicht an. Immerhin taten Fräulein Rewes, die Harlakertles, Herr Kampers, der einen wüthigen Fuhrerrecht münze, und Herr Keithofer, der ein biederer und verliebter Grobknicht war, ihr Bestes.

„Die größte Sensationskomödie der Welt“ nennt das Trianon-Theater in seiner Bescheidenheit ein aus Amerika importiertes Detektivstück von Alfred Murray „Der Kavaller von Sing-Sing“. Jimmie Samson ist ein gefährdeter Geldschrankknacker, was man ihm zur Verzweiflung des Detektivs Evans nicht nachweisen kann. Diesmal ist er wegen eines kleinen Totschlags im Ritzen, der sich alsbald als eine wahrhaft ritterliche Tat entpuppt. Im ersten Akt erscheint der Handelsminister und Bankdirektor Flay beim Gefängnisgewaltigen und eröffnet ihm, daß Samson mit diesem Totschlag keine Tochter Kofe aus den Krallen eines Wäfflings gerettet hat. Wie das so in Amerika zugeht, wird Samson daraufhin Prokurist bei Flay und bewährt sich als Finanzgenie. Inzwischen hat ihn und seine Spießgesellen der jäh Detektiv Evans wieder auf dem Kleter. Aber aus einer Bankdiebstahlsaffäre gehen die früheren Zuhäuser mafellos und tugendbedeckt hervor. Bis plötzlich — das ist die große Sensation — ein Kind in einem Geldschrank zu erstehen droht. In seinem Edelmut gibt Samson die schön aufgebaute Zukunft auf und rettet das Kind, indem er sich selbst als Geldschrankknacker entlarvt. Die romantisch-rührselige Detektivgeschichte ist in ihrem Ablauf nicht spannend, sondern eher abspannend. Unter der Regie von Ferry Werner hielten sich Georg Wleczorek, Hans Dittershausen und Paul Herr recht wacker. Richard Eisenad spielte den Detektiv wie ein Berichtsoffizier und Rolf Jahn den Samson wie ein Knochel.

Der Kongreß der Polarforscher, der drei Tage in Anspruch nahm, bot in den einzelnen streng sachwissenschaftlichen Vorträgen sehr viel des Interessanten. Es trat klar hervor, von wie großer Bedeutung eine dauernde Beobachtung der Verhältnisse des Polargebietes nicht nur für geographische und witterungkundliche Fragen ist, sondern für eine ganze Reihe anderer Wissenszweige, des Erd-

magnetismus, der Strömungsverhältnisse in den Ozeanen und vielen anderen, und daß dazu die Errichtung dauernder Stationen in den das Polargebiet umgrenzenden Festländern sowohl als auf den Inseln und selbst auf dem Eise des Eismeeres erforderlich ist. Ihre Wichtigkeit wurde auch in einer Resolution betont, und es wurde beschlossen, die Sowjetregierung zu bitten, die Errichtung weiterer solcher Stationen in Sibirien in Angriff zu nehmen. — Allgemeines Interesse beansprucht die Diskussion über die Sicherheit der Luftfahrzeuge, die in der letzten Sitzung im Anschluß an den Vortrag von Dr. Ing. Wielken über die Entwicklungsmöglichkeit des starken Luftschiffs für Weltverkehr und Forschungszwecke stattfand. Durch das Unglück, welches die „Shenandoah“ erlitten hat, ist das Zutrauen zur Sicherheit der Luftschiffe erheblich gesunken, aber mit Unrecht. Geheimrat Schütte betonte, daß von 130 Luftschiffen, die in Deutschland nach demselben System gebaut sind, kein einziger Fall bekannt geworden ist, daß es ebenso wie die „Shenandoah“ in der Luft zerbrochen ist, und kein einziger Unfall hat sich ereignet, bei dem etwa ein Mensch ums Leben gekommen ist. Bei der „Shenandoah“ lagen erhebliche Konstruktionsfehler vor, die nicht nur vermeidbar sind, sondern unter allen Umständen vermieden werden müssen. Man soll doch auch nicht vergessen, daß derselbe Sturm, der die „Shenandoah“ von ihrem Ankerort losriß, auch 40 Geiseln an der Küste losgerissen hat, von denen eine ganze Reihe unter Verlust zahlreicher Menschenleben scheiterte. Ein Luftschiff dagegen, das von seinem Ankerort losgerissen werde, bietet alle Aussicht, daß weder ihm noch den auf ihm befindlichen Menschen ein Unheil widerfähre. — In der weiteren Diskussion trat klar zutage, daß als ein Luftfahrzeug für Forschungszwecke und speziell in der Polargegend nur eines von riesigen Ausmaßen, von etwa 150 000 Kubikmeter Gasinhalt, in Frage kommen könne, wie es zurzeit nur nach dem starken System zu erbauen sei. Ein Luftschiff eigens für diesen Zweck zu bauen, komme wegen der hohen Kosten nicht in Betracht, wohl aber werde es möglich sein, von den großen Verkehrsgeellschaften, die ja sehr bald ihre großen Fahrzeuge zwischen Europa, Asien und Amerika in Verkehr bringen werden, ein Schiff zu leihen und durch entsprechende Einbauten für Forschungszwecke geeignet zu machen. — Mit einem hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft wurde die Tagung von Ransen geschlossen.

Erstausführungen der Woche. Donnerstag Casino-Theater: „Ritter Cornedbee“. — Montag (22.) Städtische Oper: „Der Zwerg“, „Der letzte Haun“.

Irania-Vorläge. Mont. (6. 9.) Dienst. (7.) Donnerst. (8. 7.) Freit. (8. 9.) Sonnab. (9.) — Im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. — Mont. (7.) Dienst. (8.) Mittw. (7.) Donnerst. (8.) Freit. (7.) Sonnab. (9.) Sonn. (7.) — Welt und Maschine. — Mittw. Sonn. (8. 9.) — Die Hygiene der Ehe. — Sonnab. (7.) — Dichter, Regisseur und Kameramann beim Film.

Gesellschaft für Orientalische Kunst. In der am 16. abends 7 1/2 Uhr im Hörsaal der Staatlichen Kunsthochschule stattfindenden Sitzung wird der deutsche Botschafter in Tokio, Dr. Wilhelm Seif über Babayana, das geistige Band des ferneren Ostens und seine Wirkung auf die Kunst sprechen, darauf Prof. Dr. A. Döring über „Siamische Kunst“. Beide Vorträge werden durch Lichtbilder erläutert.

Beweisnahme fragte der Vorsitzende jeden Zeugen, ob ihm nicht bekannt sei, daß „der Volksmund“ das Reichsbanner, das der Angeklagte Bach gemeint zu haben behauptet, im gewöhnlichen Leben Schwarz-Rot-Weiß, Schwarz-Rot-Weiß, Schwarz-Rot-Weiß... nenne. Die Zeugen verneinten das. Der Staatsanwalt jedoch erhob Einspruch gegen die Fragestellung durch den Vorsitzenden und führte dazu aus: „Vollständig sei die Ansicht, daß Schwarz-Rot-Weiß die Reichsfarben seien. Das erstinstanzliche Urteil im vorliegenden Falle sei sehr richtig. Würde Bach freigesprochen, so schaffe das einen Präzedenzfall. Gerade die, die das Reichsbanner, die Republik und die Reichsfarben gewöhnlich und berufsmäßig beschimpfen, würden sich, wenn die Meinung des Vorsitzenden Platz griffe, feige hinter den Vorwand verstecken, sie hätten nur das Reichsbanner gemeint.“ Trotzdem ermächtigte das Gericht die Strafe. Das Justizministerium aber sollte sich den Namen des Landgerichtsdirektors Kaiser merken. Er verdient baldigt — beförderer zu werden.

Wo die Deutschnationalen herrschen.

Der Typhus und der Oberbürgermeister.

Hannover, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Gutachten des staatlichen Gutachterausschusses über die Ursachen der Typhusepidemie in Hannover liegt jetzt im Wortlaut vor. Es befaßt im großen und ganzen das Gegenteil von dem, was die Stadtverwaltung als Ursache angeführt hat. Es wird darin gesagt, daß in der Zeit vom 16. August an 20 000 bis 30 000 Menschen an akutem Darmkatarrh erkrankt sind. Drei Wochen später wurden dann Typhustränke in immer steigender Zahl in die Krankenhäuser eingeliefert. Diese Tatsache der explosionsartig auftretenden Erkrankungen weist darauf hin, daß ein Typhusherd vorhanden gewesen sein müsse, der großen Teilen der Bevölkerung gleichermäßen zugänglich war. Nicht komme dafür jedoch nicht in Betracht, wohl aber das Wasser. Festgestellt sei, daß vom 14. bis 20. August, also in der Zeit der ersten Massen-erkrankungen, das Wasser des Ricklinger Wasserwerks sehr stark keimhaltig war. Die Keimzahl stieg pro Kubikmeter bis zu mehreren Tausenden. Diese und andere Gründe, besonders auch die Verteilung der Typhusfälle auf das Gebiet der Ricklinger Wasserversorgung, lassen mit hoher Wahrscheinlichkeit den Schluss zu, daß die Vermehrung des genannten Wasserwerks mit Typhusbazillen die Ursache der Erkrankungen sei. Derselben Gutachten der staatlichen Untersuchungskommission traten drei Mitglieder des städtischen Gutachterausschusses vorbehaltlos bei.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte in der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien, daß der Bericht über die Verhandlungen im Landtage über die hannoversche Typhuskatastrophe ebenso in Broschürenform verbreitet werden soll, wie die höchst einseitig gehaltene Rede des (deutschnationalen) Oberbürgermeisters Dr. Menge in der letzten Sitzung der städtischen Kollegien, die von Angriffen gegen die Presse und unsachlichen Polemiken spritzte. Dieser Antrag wurde mit Hilfe des Ordnungsabteils abgelehnt. Der Oberbürgermeister äußerte hierbei, daß selbst Abgeordnete im Landtag unwahre Angaben über die Typhusepidemie gemacht hätten, und er wiederholte seine unsachlichen Angriffe gegen die Presse. In derselben Sitzung wurden von Vertretern fast aller Parteien Hülferufe an Staat und Reich gerichtet wegen der katastrophalen Finanzlage der Stadt Hannover.

Nationale „Arbeiterführer“.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen.

Der Preussische Landtag hat am Freitag auf Antrag des Geschäftsausschusses die Aufhebung der Immunität des deutschnationalen Abgeordneten Wiedemann abgelehnt. Befördert wurde die Aufhebung der Immunität von dem Schriftleiter Albert Zimmermann, dem leitenden Redakteur der „Deutschen Handelsmacht“, Organ des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg. Wiedemann hat in seiner Zeitschrift „Deutsche Wertgemeinschaft“, dem Organ der Selben, in Nr. 35 vom 29. August 1926 seinem deutschnationalen Parteifreund Zimmermann nachgesagt, er bewege sich auf dem Boden des Lumpenmilieus, sei ein unsauberer Patron und Berleumder, hätte an Gemeinheit den Rekord vor allen anderen erreicht und sich damit selbst aus der Reihe der anständigen Menschen gestrichen. Wiedemann vergleicht seinen Parteifreund Zimmermann mit einer aufgeblasenen, in ekelhaftem Schmutz und Sumpfsümpfen Kröte und versichert ihm zum Schluss, daß Prolet Prolet bleibe.

Das Ganze nennt man nationale Arbeiterführer oder auch „gleiche Brüder, gleiche Kappen“. — Das sind die Deutschnationalen unter sich!

Von Stufe zu Stufe!

Ganz Italien im Verbrecheralbum.

Rom, 13. November. (W.T.B.) Die vom neuen Polizeigeh in Italien eingeführte Ausweisakte wird außer der Photographie und den Personalien auch einen Fingerabdruck enthalten.

Erregung in Belgrad über Willfand Verhaftung.

Belgrad, 13. November. (W.T.B.) Die heutige Sitzung der Skupstina war vollständig von der Behandlung über die Interpellation der Slowenen und über die Behandlung Dr. Willfands in Rom ausgefüllt. Alle Oppositionsparteien halten ihre Redner vorgelagert. Abgeordneter Bojowitsch erklärte u. a.: Wir sind nicht mehr die Nation, mit der man alles machen kann; das soll sich Mussolini merken. Abgeordneter Dr. Roser vom Deutschen Klub sagte in seinen Ausführungen: Trotz der Unterdrückungen wird sich das slowenische und das kroatische Volk in Italien erhalten. Minister des Äußeren Dr. Ritschitsch beantragte die Ablehnung der Dringlichkeit, weil diese Behandlung der Angelegenheit den Beziehungen mit Italien nicht nützen würde. Ueber die Resolution der Demokraten wurde, da sie als nicht geschäftsmäßig erachtet wurde, nicht abgestimmt.

Riga, 13. November. (U.) Im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Verhaftung des Vorsitzenden des Kinderheitenkongresses in Genf, Willfan, durch italienische Gendarmen hat der Abgeordnete Dr. Schiemann in Riga als Vorstandsmitglied dieses Kongresses einen Aufruf erlassen, in dem alle Kinderheiten Europas zu einem klammernden Protest gegen diese Gewalttaten aufgefordert werden.

Abereden mit Mussolini solidarisch: Beschlagnahme des Bukarester Parteiorgans.

Bukarest, 13. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Militärstaatsanwalt hat das offizielle Organ der rumänischen Sozialdemokratie, den „Socialismul“, beschlaggenommen. Die Beschlagnahme erfolgte wegen eines Artikels „Nieder mit dem Faschismus, nieder mit dem Terror“. Bukarest fühlte sich offenbar mindestens ebenso getroffen wie Rom. ...

Tragödie des Alltags.

Als der Tischler M. an einem Sonntagabend im Juli v. J. von seiner Arbeit heimgekehrt war und an seiner Wohnungstür klopfte, erhielt er keinen Einlass. Schimmes ahnend, schaute er durchs Schlüsselloch; es steckte der Schlüssel darin. Er stieß die Türöffnung ein und prallte bestürzt zurück: das Zimmer war voll Gas und ihm entgegen lief weinend und „Papa“ rufend sein ein- dreiwerteljähriger Knabe.

Auf dem Bett lag bewußtlos seine Frau; der Mann versetzte ihr außer sich zwei Schläge ins Gesicht. Auf dem anderen Bett lag gleichfalls bewußtlos sein fünfjähriges Töchterchen. M. öffnete die Fenster, ließ zur Polizei und rief die Feuerwehr. Die Kleine starb, die Frau genas von ihrer schweren Vergiftung nach einem einmonatigen Aufenthalt im Krankenhaus. Sie hatte vor ihrer Tat einen Zettel hinterlassen, in dem es hieß: „Ich gehe mit den Kindern aus dem Leben, Du allein trägst die Schuld. Du wirst nun keine Ruhe mehr im Leben finden. Du hast uns auf dem Gewissen. Grüße alle unsere Bekannten. Vergiß mir die Tat. Lebe wohl. Deine Frau und Kinder.“ Gestern standen nun Frau und Mann vor dem Landgericht. Sie unter der Anklage des Totschlages an ihrem fünfjährigen Töchterchen, in Lateinbeit mit verurteiltem Totschlag an ihrem 13jährigen Jungen. Er als Hauptschuldiger an der Tat seiner Frau. Unter Tränen sagte er den Richtern: „Wir haben miteinander gut gelebt bis zuletzt. Es kamen wohl Streitigkeiten vor, wie in jeder Ehe. Ich nehme viel Schuld auf mich, ich bin sehr jähzornig; habe es vom Vater geerbt; kann gegen meine ererbte Anlage nicht viel ausrichten. Meine Nerven sind kaputt — auch von der schweren Verwundung. Wenn ich im Jorn war, habe ich sie wohl geschlagen, mehr wegen des Geldes. Anfangs gab ich ihr meinen ganzen Wochenlohn, 40—45 Mark wöchentlich. Dann wollte ich aber sparen, um vorwärts zu kommen. So gab ich ihr nur 20 Mark. Sie sagte mir aber nicht, daß sie mit dem Gelde nicht auskam. Sie hatte Angst, daß ich schimpfen würde. Als ich erfuhr, daß sie meinen Paletot und meinen Anzug verfehlt hatte, geriet ich in große Erregung. Ich sagte ihr: Holst du mir morgen meinen Winterpaletot nicht wieder, so schlage ich dich tot, besser springe aus dem Fenster oder tu Dir sonst was an!“ Da sagte sie: „Da nehme ich auch meine Kinder mit.“ — „Komm ich auch darüber weg“, antwortete ich ihr. Nachts konnte sie vor Aufregung nicht schlafen. Am anderen Morgen ging ich ohne Gruß weg. Sie hatte meine Worte wohl ernst genommen, war vollständig in die Enge getrieben und wußte nicht ein noch aus. So hat sie wohl beschlossen, aus dem Leben zu gehen. Ich trage den größten Teil der Schuld.“ Und das Gleiche hatte er ihr schon ins Gefängnis geschrieben. „Ich bin zu drei Viertel schuld an der Sache... Ich hätte dir mehr Kostgeld geben sollen. Jetzt wo unser Kleiner ohne Mutter ist, verstehe ich, weshalb du so gehandelt hast... Daß man dich im Gefängnis hält, als hättest du ein Verbrechen begangen... Komm nur bald wieder zurück, damit wir ein neues Leben beginnen.“ Mann und Frau meinten im Gerichtssaal ob des Verlustes ihres kleinen Töchterchens, das sie über alles geliebt hatten. Die Angeklagte schilderte ausführlich ihre Seelenpein am Morgen der Tat. Die Worte ihres Mannes hatte sie sich sehr zu Herzen genommen. Sie hatte Angst, da das Zeug verfallen war. Da sie selbst unter einer Stiefmutter schwer zu leiden hatte, wollte sie nicht, daß ihre Kinder nach ihrem Tode eine Stiefmutter bekämen. Sie hatte den kleinen Jungen zu sich ins Bett genommen; er war aber wohl auf den Boden hinuntergefallen. So blieb er am Leben. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis, der Verteidiger Dr. Mendel hat um die Mindeststrafe und um Bewährungsstrafe. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu neun Monaten Gefängnis, verfügte Haftentlassung und stellte Bewährungsfrei in Aussicht. So kann Frau M. nun zu ihrem kleinen Jungen zurückkehren, der sich augenblicklich bei fremden Leuten befindet. Ein Umstand muß aber zum Schluss besonders hervorgehoben werden. Die Angeklagte war vom Untersuchungsrichter aus der Haft entlassen, der Staatsanwalt hatte aber im September aufs neue Untersuchungshaft verfügt. Warum er dies tat, obgleich weder Verdunkelungsgefahr noch Fluchtverdacht vorlagen und die Tragik der Tat offensichtlich war, erscheint völlig unbegreiflich.

Ein Schwindlertrio.

Geschäfte mit guten und mit faulen Wechseln.

Der eine gab sich als bayerischer Gutsbesitzer aus und zeigte den Mittrauenden prachtvolle Bilder von seinem Gut, der andere erklärte sich selbst für einen Reichstagsabgeordneten und wies den Mittrauenden Briefe vor, die man an ihn in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter adressiert hatte. Damit erreichten drei Schwindler namens Josef Haentle, Alfred Meister und Max Pelzer ihr Ziel: Sie erschienen vertrauenswürdig, bekamen gute Wechsel in die Hände und kauften dafür Waren, und zwar, wie bisher schon festgestellt wurde, mehrere tausend photographische Apparate, einen großen Posten Weihnachtsbaumgarnituren, Wirtschaftsartikel aller Art (Hundert von Staubsaugern usw.). Aber selbst mit faulen Wechseln gelang es den edlen Dreien, Geschäfte, d. h. Geld zu machen. Den Erlös aus ihren Schwindelzügen verprahten sie mit einem großen weiblichen Anhang in den Bars und Lugusdielen des Kurfürstendamms und der Bülowstraße. Als es jetzt endlich gelang, Meister zu fassen, während Haentle noch flüchtig ist, konnte auch ein Teil der Korrespondenz beschlagnahmt werden, aus der bereits Betrügereien in Höhe von 50 000 M. festgestellt wurden. Bald darauf konnte auch Pelzer festgenommen werden, und zwar in demselben Augenblick, als der saubere Bursche einen Kriegsauslöser um 5000 M. betrügen wollte. Zweifellos sind in der Provinz sehr viele Leute betrogen worden. Zwei Berliner Stenotypistinnen aber waren schlauer. Sie waren der Schwindlerkompanie, die unter dem harmlosen Namen einer Firma Hoeberte Nachfolger auftrat, zugewiesen, durchschaute aber bald den Schwindel. Während die eine es immerhin zwei Tage aushielt, ging die andere schon nach zwei Stunden von dannen.

Brandstiftung in geistiger Umnachtung.

Um sich das Leben zu nehmen, versuchte am Freitag abend eine 34 Jahre alte Frau Anna Schmidt in der Nycker Str. 23 zu Lichtenberg ihre Wohnung in Brand zu stecken. Die Frau sollte am Sonntagabend nach der Irenanstalt gebracht werden. Ihr Mann hatte bereits alle dazu erforderlichen Schritte getan und die nötigen Papiere besorgt. Da beschloß die Kranke, vorher aus dem Leben zu scheiden. Sie begab in der Küche das Fensterbrett und verschiedene Sachen mit Petroleum und zündete sie an. In der Stube traf sie dieselben Vorbereitungen. Hier kam sie jedoch nicht mehr zum Anzünden. Auf Veranlassung der 8 und 13 Jahre alten Kinder wurde das Polizeirevier benachrichtigt. Kriminalbeamte eilten nach der Wohnung, löschten den kleinen Brand und brachten die Frau mit einem Krankenwagen gleich nach der Anstalt.

Vom Studenten zum Einbrecher.

Die Einbrüche in Gemeinde- und höhere Schulen mehren sich in der letzten Zeit stark. Es wurden Kleidungsstücke der Schüler und Schülerinnen und Bücher aller Art gestohlen. Die Kriminalbeamten vermuteten, daß der Dieb die Bücher, namentlich Schulbücher, bei Händlern zu Geld mache, die vom Wagen verkaufen. In der Nähe der Universität stiefen sie dann auch auf einen Händler dieser Art, der von einem jungen Manne wiederholt Bücher erworben hatte. Die Beschreibung des Verkäufers paßte auf einen früheren Studenten Fritz Klampff, der vor einigen Jahren, als er noch immatrikuliert war, schon einmal bei einem Diebstahl in der Universität abgefaßt wurde. Klampff

gab auch sechs Schulseinbrüche zu. Man fand bei ihm 23 Schlüssel, die zu Schulklassen passen. Er pflegte auszukundschaften, wann die Klure und Schulklassen unbesetzt waren, während die Kinder sich im Turn- oder Zeichenaal aufhielten. Dann brach er ein und stahl. Der Verhaftete wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Haushaltungsschulen für Kriegserwaisen.

Die Stadt Berlin hat in ihrer Kriegshinterbliebenenfürsorge eine besondere Art Haushaltungsschulen geschaffen, die für Töchter gefallener Kriegsteilnehmer eine Stätte der Berufsausbildung und auch der Erholungs- und Erziehung sein sollen. Schulentlassene Mädchen diesen in ländlicher Umgebung gelegenen Schulen auf ein Jahr überwiesen, damit vor Eintritt in das Erwerbsleben zunächst einmal ihre Körperentwicklung gefördert und gleichzeitig ihnen eine sachliche Vorbereitung auf hauswirtschaftliche Tätigkeit gegeben werden kann. Die von Berlin eingerichteten Kriegserwaisen-Haushaltungsschulen haben sich in wenigen Jahren auf jetzt bereits elf gemehrt, die teils in der näheren Umgebung (Niederbarnhagen, Pantow, Lichterfelde, Zossen, Spandau, Wilhelmshagen), teils in entfernteren Orten (Sotrow am Scharmüffelsee, Ragel in Niederbarnim, Bagow im Westhavelland, Hohenlychen, Havelberg) untergebracht sind. Die Belegung der einzelnen Schulen hält sich meist zwischen 15 und 20 (nur die dem Johannisstift in Spandau angegliederte Schule hat die ungewöhnlich hohe Belegungszahl 42), und die Gesamtbelegung der elf Schulen ist in diesem Jahr rund 200.

Am Freitag wurde die Haushaltungsschule in Wilhelmshagen, die den dortigen Anstalten der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost angeschlossen ist, von Vertretern der Presse besucht. Die Mädchen wohnen in freundlich und sauber eingerichteten Räumen, erhalten vollständige Verpflegung und arbeiten zur Berufsausbildung in Haus und Küche, im Garten, in der Röhstube, im benachbarten Kinderheim. Neben der praktischen Ausbildung wird auch theoretische Unterweisung gegeben, und auch für Förderung der Allgemeinbildung ist gesorgt. Zur Deckung der Kosten leisten die Kinder selber einen Beitrag mit ihren Taschengeldern, die an die Stadt überwiesen werden. Ungedeckt bleibt aber auch so noch ein Betrag, der je Kind zwischen 30 und 60 Mark im Monat schwankt und aus Mitteln der Stadt gedeckt werden muß.

Einstweilen konnten solche Schulen nur den Mädchen zugute kommen, die Berliner Hauptstelle der Kriegshinterbliebenenfürsorge hat aber für nötig gehalten, daß ähnliche Einrichtungen auch für Söhne gefallener Kriegsteilnehmer geschaffen werden. Eine erste Erholungs- und Ausbildungsstätte für Knaben ist in Hohenlychen eingerichtet worden, ein Heim, in dem die Knaben die Anfangskenntnisse der Schlosserei und der Gärtnerei erwerben können. Wie diese Heime sind zunächst nur für Kriegserwaisen bestimmt, es wird aber bereits der Gedanke erwogen, sie in absehbarer Zeit (wenn die letzten Kriegserwaisen aus der Schule entlassen und ins Erwerbsleben übergetreten sein werden) allgemein den Schulentlassenen zugänglich zu machen.

Mehr Schutz den Zollbeamten!

Man schreibt uns: Eigenartige Zustände herrschen im Paderborger Bahnhof. Dasselbe, was wir vor einigen Jahren dort feststellen konnten, ist heute noch anzutreffen. Im Bureau 7 und 19 sieht man bei der Zollabfertigung die Beamten in großen Mänteln und Holzschuhen, angetan mit großen Pelzhandschuhen, ihre schriftlichen Arbeiten erledigen. Bei der Zollabfertigung wird ungefähr die Hälfte der Dienstadt am Tage mit schriftlichen Arbeiten ausgefüllt, so daß die Beamten in diesem Raum aus ihren Pelzmänteln und ihren Handschuhen den ganzen Tag nicht herauskommen. Der Betrieb auf dem Bahnhof ist ein sehr kalter. Die Einnahmen sind dementsprechend. Man sollte also zunächst im Interesse der Gesundheit der dort beschäftigten Beamten für entsprechende Heizung der Diensträume Sorge tragen. Jedoch liegt eine Heizung der Räume auch im Interesse des Publikums, der Kaufleute, die dort oft stundenlang warten müssen. — Hoffentlich gelingt es durch diese Zeilen Remedur zu schaffen.

Die dreifigmal verkaufte Wohnung.

Auf eine sehr einfache Weise wußte die erst 20jährige Konkursistin Elise H. aus ihrer Wohnung durch Ausnutzung der herrschenden Wohnungsnot Kapital zu schlagen. Sie war die glückliche Inhaberin einer günstig in der Nähe des Wittenberglages gelegenen Wohnung, und bot diese zum Verkauf an. Begreiflicherweise fanden sich, da sehr günstige Bedingungen gestellt und auf einen höheren Abhandlungspreis verzichtet wurde, viele Leute, die gern die Wohnung übernehmen hätten. Der Kaufvertrag war bald abgeschlossen, und Frau H. ließ sich zur Sicherheit eine Anzahlung von 30 M. geben. Das wiederholte sich nicht weniger als dreifigmal. Wegen dieses Betruges hatte das Schöffengericht sie zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Berufungsinstanz des Landgerichts III setzte jedoch die etwas strengere Strafe auf ein Jahr Gefängnis herab.

Spigen.

Die Mode hat diesmal der Spitze und Stickerei das große Wort gesprochen. Sie baut daraus zarte, fließende Gewänder, Ueberwürfe, Kleidergarnierungen. Auch die früher beliebte Spigenwäsche ist wieder ganz auf der Höhe, ebenso Zierbecken, die prächtige Arbeiten aufweisen. Seit Jahren lag die heimische Spigenindustrie vollkommen darnieder. Das brachte namenloses Leid für jene mit sich, die die mühsame Arbeit des Spigenklappens verrichten. Blauen i. Vogtl., die Hauptzentrale dieses Industriezweiges, und die umliegenden Ortschaften sind die Heimat deutscher Spigen und Stickereien. Der größte Teil der weiblichen Bevölkerung jener Gegend sticht oder klappelt, die Männer sind in den Spigenfabriken beschäftigt und ihre fleißigen Hände schaffen diese wunderhübschen Gebilde, deren Herstellung sich im Laufe der Zeit derart vervollkommen hat, daß sie ausländischer Ware zumindest ebenbürtig, teilweise aber sogar überlegen sind. Der Werbeschutz für deutsche Spigen und Stickereien zeigte auf einer Modeschau die verschiedenartigsten Kleider, Wäschestücke, Handarbeiten. Eine spanische Tänzerin erschien ganz und gar in Spigen gekleidet. Dieser Veranstaltung war ein Wettbewerb im Publikum zur Anregung neuer Ideen über die Verwendbarkeit der Spitze vorausgegangen, und die prämierten Arbeiten wurden auf einer Ausstellung gezeigt.

Die versteinerten Wölfe.

Die Gegend um Deutsch-Englau wurde seit längerer Zeit von Wölfen unsicher gemacht. Es wurden Treibjagden veranstaltet, ohne Erfolg. Ueber die Rißletaten der Wölfe waren Schauermärchen im Umlauf. Nun sind sie erledigt — aber vorher hat sie schon die Steuerbehörde in der Wache gehabt. Das „Allenstein Volksblatt“ meldet: „Nach langen Bemühungen ist es erteilungserweise gelungen, die beiden Wölfe, die seit einiger Zeit die Gegend um Deutsch-Englau unsicher machten, zu erlegen. Es waren kapitale Exemplare mit ganz vorzüglichem Fell, der nur bei beiden in der Halsgegend etwas verheuert war. Die Ursache bildete, wie sich bei der Besichtigung herausstellte, das — mit Steuermarken versehene Halsband, das beide trugen. Man kann sich die Enttäuschung der Jäger vorstellen, als auf diese Weise selbst für den maßgebendsten Zeitgenossen klar wurde, daß es sich auch bei diesen Wölfen um — widernde Hunde handelte.“

Arbeiter-Samariter-Bund, Salonne Berlin e. V., 101. Neuhäuser. Die Mitgliederversammlung der Abteilung findet am Sonntag, den 13. November, Schule Mittelstraße 101. — 101. Tiergarten. Am Sonntag veranstaltet die Abteilung im Ullrich Wintererzählungen. Beginn 4 Uhr nachmittags. Eintrittsgeld 1 Mark. Regelmäßige Teilnahme wird erwartet, da der Ueberfluß zu Annehmlichkeiten verwandt wird.

